

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Ankündigung 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 820.

Nr. 39

Mittwoch, den 16. Februar 1921

12. Jahrgang

Der friedlose Osten.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Kowno, 15. Febr. Die litauische Telegraphenagentur meldet: Zuverlässigen Meldungen zufolge überschreiten polnische Abteilungen fortwährend die zeitweilige zwischen Polen und Litauen festgesetzte Demarkationslinie im Bezirk Suwalki und überfallen und plündern die friedliche Bevölkerung. So plünderten am 5. Februar 60 polnische Reiter ein Dorf in der Gegend von Punt. Im besetzten Gebiet mobilisierten die Polen die wehrfähige litauische Jugend.

Kowno, 15. Febr. Wie die litauische Telegraphenagentur berichtet, werden zuverlässigen Meldungen zufolge, von Zeligowski weitere Vorbereitungen für eine neue Offensive getroffen. So wurden am 10. d. Mts. aus Wilna fünf Waggons mit Soldaten und Munition nach Landwarow entsandt.

Kowno, 15. Febr. (Litauische Telegraphenagentur.) Der polnische Außenminister Sapieha richtete an den litauischen Minister des Auswärtigen Dr. Burickis eine Note, in der u. a. mitteilt: Die polnische Regierung habe in Erfahrung gebracht, daß binnen kurzem das Gesez über die Enteignung der Besitztümer der zurzeit in Litauen nicht anwesenden Polen in Kraft treten soll. Er weist darauf hin, daß, obwohl die litauische Delegation seinerzeit in Warschau ersucht worden war, den Interessenten Auskunft in dieser Angelegenheit zu erteilen, von litauischer Seite keine Mitteilung gemacht worden war. Da Litauen den Vorschlag, Vertreter für Warschau und Kowno zu ernennen, abgelehnt habe, konnten die Interessenten keine Auskunft über die Geseze und Verordnungen der litauischen Regierung betreffend den polnischen Besitz in Litauen erhalten, geschweige denn nach Litauen zurückkehren. In Beantwortung obiger Note hat der litauische Minister des Auswärtigen Dr. Burickis, ein Telegramm an den polnischen Minister gesandt, in dem er erklärt, daß die Mitteilung über ein angebliches Gesez der Enteignung des polnischen Besitzes in Litauen durchaus unzutreffend sei und daß ein ähnliches Gesez nicht einmal vorgesehn worden sei. Die litauische Regierung teilt mit, daß sie sich für die rechtlichen Folgen der Abwesenheit der betreffenden Personen nicht verantwortlich fühle, da keine konsularischen Beziehungen zwischen Polen und Litauen bestehen, nachdem die polnische Regierung am 24. September 1919 diese abgebrochen habe. Wenn die polnische Regierung die Erneuerung der konsularischen Beziehungen für wünschenswert erachten sollte, erklärt sich die litauische Regierung bereit, in Vorgesprächen darüber einzutreten.

Kowno, 15. Febr. Wie die litauische Telegraphenagentur meldet, haben die Polen in Wilna ein Komitee zur Unterstützung der Polen bei der Volksabstimmung in Oberschlesien gebildet. Das Komitee bringt Zwangsmassnahmen zur Anwendung, in denen es von sämtlichen Angestellten der Behörden, von Handwerkern und Arbeitern die Entrichtung des halben Tagelohnes zum Besten der Volksabstimmung in Oberschlesien fordert.

Fürst Sapieha reist nach London und Paris.

London, 15. Febr. (Havas.) Hier traf der polnische Außenminister Fürst Sapieha ein. Ihm zu Ehren veranstaltete Lord Curzon ein Frühstück. Heute noch wird er vom König Georg in Sonderaudienz empfangen werden. Minister Sapieha wird am nächsten Donnerstag nach Paris zurückkehren, um die Verhandlungen, die in Paris während des Aufenthalts des Staatschefs begonnen wurden, wieder aufzunehmen und wahrscheinlich auch noch vor dem Ablauf der laufenden Woche zum Abschluß zu bringen.

Eine Thronrede zur Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 15. Febr. Das Parlament wurde heute durch den König mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt: Die Beziehungen zu den arabischen Mächten haben ihren freundschaftlichen Charakter bewahrt. Dann wird der König Ausdruck gegeben, daß durch die Londoner Konferenz Fortschritte in der Ausführung und in der Wiederherstellung des Rechts im nahen Osten erreicht werden. Weiter wird erwartet, daß die Verhandlungen für ein Handelsabkommen mit Rußland jedenfalls eine befriedigende Lösung finden werden, und daß in Indien die Ausdehnung der politischen Verantwortlichkeit in naher Zukunft eine Befestigung jeden politischen Konfliktes sichern werde. Der Vorschlag des Etats bringe die Entschlossenheit der Regierung zum Ausdruck, die Ausgaben so einzuschränken, wie es sich mit der Wohlfahrt des Reichs verträgt. Hinsichtlich Irland heißt es, der König hoffe, daß in einer nahen Zukunft die Mehrheit des irischen Volkes ihre Entschlossenheit kundgeben wird, die

Gewalttaten zu verurteilen und bei der Anwendung eines Gesezes mitzuhelfen, das ihm die Verantwortlichkeit einer autonomen Regierung verleiht. Ueber die Kohlenfrage heißt es: Es werde beabsichtigt, so bald wie möglich die Freiheit des Kohlenhandels vollständig herzustellen. Zum Schluß wird die bevorstehende Reform des Oberhauses erwähnt.

London, 15. Febr. „Evening News“ meldet, daß insbesondere im Hinblick auf die Ereignisse in Lancashire, wo Brandstiftungen in großem Maßstabe stattfanden, sorgfältige Vorkehrungen ergriffen werden, um bei der stattfindenden Eröffnung des Parlaments durch den König jeden Anstoß zu verhindern. Das Oberhaus wird streng bewacht. An anderen Stellen sind zur Bewachung des Parlaments bewaffnete Posten aufgestellt. Man erwartet diese Woche eine wichtige Erklärung Lloyd Georges über die Politik der britischen Regierung. „Wall Mall Gazette“ erklärt, Lloyd George werde bereits morgen abend eine Erklärung über die Reparation abgeben.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Berlin, 16. Febr. Laut „Tageblatt“ hat das Reichsministerium für Wiederaufbau eine Denkschrift verfaßt, in der über den Stand der Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich zu Beginn d. Js. genauere Angaben gemacht werden. Danach sind u. a., von Eisenbahnen mehr als 90 Prozent wieder hergestellt. Von dem zerstörten Grund und Boden sind etwa 60 Prozent eingeebnet und für die Landwirtschaft etwa 50 Prozent der zerstörungsfläche wieder nutzbar gemacht. Von Bergwerken sind 16 Prozent wieder hergestellt, von den zerstörten Häusern erst rund 2 1/2 Prozent. Weiter wird in der Denkschrift bemerkt, daß bisher deutsche Arbeiter in den zerstörten Gebieten nicht tätig gewesen sind, und daß es abgelehnt wurde, deutsche Firmen direkt am Wiederaufbau teilnehmen zu lassen.

Lloyd George lehnt die Erörterung der Pariser Konferenz vorläufig ab.

London, 15. Febr. Im Unterhaus erklärte Lloyd George mit Bezug auf Asquiths Ersuchen, in eine Erörterung der Pariser Konferenz einzugehen, wenn man die Tatsache in Rechnung ziehe, daß im Verlaufe der nächsten Woche in England eine Reihe wichtiger Konferenzen stattfinden, so erscheine ihm eine solche Debatte unerwünscht. Er wisse nichts über die Art der deutschen Gegenanschläge und sei hoch erfreut, zu erfahren, das Gegenanschläge vorgebracht werden sollen, die von den Finanzfachverständigen Deutschlands sorgfältig erwogen und mit einem wirklichen Wunsch, die wirksamsten Maßnahmen zu treffen, um Deutschland seine Verbindlichkeiten aus dem Vertrage von Versailles erfüllen zu lassen, diktiert sein müssen. Bevor man jedoch den Charakter dieser Gegenanschläge kenne, würde es seiner Ansicht nach sehr unerwünscht sein, eine solche Diskussion stattfinden zu lassen. Lloyd George erklärte, er könne Asquiths Bezeichnung der Konferenz als eine Revision und Umformung des Vertrages von Versailles nicht annehmen. Er habe wiederholt das Haus an die sehr wichtigen Bestimmungen erinnert, die dem Vertrage eingefügt wurden und die die Mächte in die Lage setzten, Vorschläge zur Tilgung der gesamten Verbindlichkeiten Deutschlands zu erwägen. Der hauptsächlichste und wesentlichste Unterschied zwischen diesen Vorschlägen und den früheren bestehe darin, daß eine Jahreszahlung bestehen sollte, die sich nach dem Gebelien des deutschen Ausfuhrhandels richte. Lloyd George führte aus, was die türkischen Fragen betreffe, so werde der Vertrag von Serris zweifellos zur Erörterung kommen. Hierauf verbreitete sich Lloyd George über die Fragen bezüglich Mesopotamiens und des mittleren Ostens. Lloyd George schilderte hierauf wie die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes in Irland an der Weigerung der Sinnfeiner, ihre Waffen abzuliefern, scheiterten und schloß: Bevor die Sinnfeiner nicht den Gedanken an eine Errichtung der Unabhängigkeit Irlands durch Gewalt aufgegeben hätten, könne kein Friede sein. Mit Bezug auf die Streidbrohung der Eisenbahner wegen Unterlassung der Untersuchung der Schieberet von Mallow erklärte Lloyd George: Wir werden uns keinerlei Streidbrohung zur Einschüchterung unterwerfen. Unter der Bedingung, daß Beweismaterial für Mallow gebracht werde, gewährte er von seiten der Regierung eine Untersuchung durch ein unparteiisches Gericht.

Der bolschewistische Kapitalismus.

Ueber die in Rußland bestehende Wirtschaftsform in Deutschland noch immer die größte Unwissenheit. Wenn man darüber mit Arbeitern spricht, auch mit solchen, die keine Anhänger der bolschewistischen Systeme sind, so hört man fast regelmäßig die Meinung, daß von Lenin und Trocki im Jahre 1917, wenigstens äußerlich, die Formen des Sozialismus verwirklicht worden seien und bis heutigen Tages unverändert fortbeständen.

Diese Annahme hat mit den Tatsachen nichts gemein. Es ist zuerst zu beachten, daß in dem weitaus größten Produktionszweige Rußlands, der Landwirtschaft, die 90 Prozent des russischen Volkes schon vor dem Kriege beschäftigte, — jetzt infolge der Entvölkerung der Städte wahrscheinlich noch einen weit höheren Prozentsatz — der Sozialismus niemals eingeführt worden ist. Die Bauern okkupierten in der Revolution den Acker der vertriebenen Gutsbesitzer und teilten ihn unter sich (wobei die wirtschaftlich Stärkeren den Löwenanteil erhielten), außerdem befreiten sie sich von den zahlreichen Lasten, die bisher auf ihrem eigenen Besitz lagen. Auf dem Lande hat der Bolschewismus das Eigentum nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil erst das bäuerliche Volleigentum verwirklicht, während bisher noch ein Obereigentum der Gemeinde (Mir-Verfassung) bestand. Die Bauern denken auch gar nicht daran, ihren Acker wieder herauszugeben. Keine Sowjetregierung dürfte hier einen Eingriff wagen. Die paar „Sowjetwirtschaften“, die man angelegt hat, sind nur Experimente kleinsten Stils, die gegenüber der Gesamtwirtschaft nicht in Frage kommen.

Dieses muß betont werden, weil der deutsche Arbeiter, für den die Industrie der entscheidende Wirtschaftszweig ist, immer nur auf die industrielle Entwicklung starrt und die Agrarfrage, die in Rußland die Hauptsache ist, ganz vernachlässigt. Wie sieht es nun aber mit der russischen Industrie aus? In Wirklichkeit hat die russische Industrie seit 1917 nicht eine beständige Wirtschaftsform durchlebt, sondern eine ganze Reihe verschiedener Wirtschaftsformen kreisförmig durchlaufen.

Zuerst wollten die Sowjetdiktatoren durchaus nicht mit einem Schlag enteignen. Sie wollten nur den Arbeiterräten in den Betrieben die bestimmende Macht geben, während der Kapitalist als Produktionsleiter und auch Eigentümer bis zur allmählichen Ueberleitung in den Sozialismus verbleiben sollte. Es zeigt sich aber, daß dies nicht ging. Teils verjagten Arbeiter eigenmächtig den Kapitalisten, teils ging dieser freiwillig, weil es ihm zwecklos erschien, in einer Fabrik zu arbeiten, in der er nichts mehr zu sagen hatte, und in der andere über die Verteilung des Ertrages bestimmten.

Gegen ihren ursprünglichen Willen sahen sich die Sowjetmachthaber gezwungen, mit einem Schlage den größten Teil der Industrie zu sozialisieren. Die Arbeiterräte sollten die Produktion leiten. Nun aber zeigte sich, daß sie hierzu nicht fähig waren. Es trat ein vollkommener Stillstand der Produktion ein, weil die Arbeiter ohne jede Vorbereitung und Schulung der Aufgabe nicht gewachsen waren. In vielen Fabriken wurde, anstatt zu arbeiten, das der Produktion dienende Inventar (Maschinen usw.) verkauft und der Erlös geteilt.

Die Sowjetdiktatoren erkannten angesichts dieser vollkommenen Produktionsstörung die harte Notwendigkeit, die eben verjagten Produktionsleiter wieder zurückzurufen. In seiner Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, die 1918 verfaßt wurde, führt Lenin aus, daß man sich auch nicht scheuen dürfe, die Produktionsleiter sehr hoch zu bezahlen, viel höher als die Arbeiter, wenn sie nur etwas Tüchtiges leisteten. Lenin will den Produktionsleitern 25 000 Rubel (damals stand der Rubel noch bedeutend höher als heute), bei besonders tüchtiger Leistung aber 50 000 und 100 000 Rubel zahlen. Damit sind sowohl die Grundzüge kollektiver Betriebsleitung wie der gleichmäßigen Befolgung aller Arbeitenden verfaßt.

Die neuereingesetzten Betriebsleiter konnten sich jedoch gegen den Widerstand der Arbeiterräte und ihre fortwährende Einmischung nicht durchsetzen. Die Folge war, daß die Arbeiterräte systematisch ihrer Macht entkleidet wurden. Heute bilden sie in Rußland, soweit sie überhaupt noch bestehen, nur eine Art Beirat in Wohlfahrtsangelegenheiten. Jeder Einfluß auf die Produktion und jede Kontrolle ist ihnen entzogen. Die gewiß noch unvollkommenen deutschen Betriebsräte haben viel mehr Recht als die heutigen russischen Arbeiterräte. Dennoch schreien in Deutschland die Kommunisten immer noch: „Alle Macht den Arbeiterräten!“

Wären die Arbeiterräte aber auch beseitigt, so standen den Produktionsleitern immer noch im Wege Disziplinlosigkeit und Inolenz der Arbeiterschaft, der in der durchlaufenen Periode jede Arbeitsdisziplin abhanden gekommen war. Die Folge war die schärfste Militarisierung der Be-

Irte. Ein Beleg für viele: Der neueste Kongress der hochschwarzen Partei Russlands, der im April 1920 tagte, beschloß unter Punkt 15 folgendes: Arbeiter, die eigenmächtig ihren Betrieb verlassen, um in anderen Betrieben Arbeit zu suchen, wo sie bessere Verpflegung zu erhalten hoffen, sollen bestraft werden 1. durch Veröffentlichung von Straffakten, 2. durch Einweisung in Strafarbeitelagern, 3. durch Internierung in Konzentrationslagern. Das 11. und 12. Elementarrecht der Arbeiterschaft, das sie selbst in den schlimmsten Zeiten des Frühkapitalismus gekämpft hat, das Recht der Freizügigkeit, verliert also in Russland nicht mehr. Ebenso ist der Achtungsdienst in Russland wieder befestigt. Statt dessen steht das Strafarbeitelager und der Strafbau des Konzentrationslagers.

Aber hiermit ist die Entwicklung immer noch nicht zu Ende. Auch diese drastischen Maßnahmen müssen ihren Zweck nicht haben. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn die Sowjetregierung nun die Einladung an die ausländischen Kapitalisten ergehen läßt, nach Russland zu kommen und die Ausbeutung der russischen Arbeiterschaft überlassen in die Hand zu nehmen. Da eine solche und amerikanische Kapitalisten selbstverständlich auf solche Angebote nicht eingehen würden, wenn sie dabei ihr Anlagekapital riskierten, so hat man ihnen ausdrücklich die Befreiung von allen Sozialsteuerleistungen gemacht und das volle Nutzrecht auf den kapitalistischen Profit garantiert. Die ausländischen Kapitalisten werden als in Wirklichkeit nur die russischen Arbeiterschaft, sondern auch die russischen Arbeiter an sich. Aber was bedeutet das, wenn in Russland nicht einmal mehr der achtstündige Arbeitstag wie in fast ganz Westeuropa besteht?

Die Entwicklung der russischen Industrie ist also kein gradliniger Steigebau des Sozialismus, sondern ein Kreislauf von Kapitalismus zu Kapitalismus. Man hat den inkübelten Kapitalisten verjagt und erschossen, um mit demselben Werkzeug den ausländischen Kapitalisten ins Land zu rufen. Man hat den Teufel durch Beschwörung vertrieben. —

Amerika und die Wiedergutmachungsverhandlungen.

London, 14. Febr. Der New Yorker Finanzberichterstatter des Daily Telegraph schreibt seinem Blatt, man erwarte in Amerika keine wesentliche Entwicklung in der Weltwirtschaftsfrage vor Beendigung der bevorstehenden Londoner Konferenz zwischen Deutschland und den Alliierten. Amerika sehe die deutsche Entschädigungsfrage kühl und geschäftsmäßig an, mit einer natürlichen Vorliebe, daß nicht ein endgültiges Uebereinkommen unangenehme Beschränkungen auf die Aussichten Amerikas, die Handelsbeziehungen zu Deutschland wieder aufzunehmen, lege. Die Amerikaner seien sich dessen bewußt, daß ihr selbstgewollter Ausschluß von den Konferenzen der Alliierten ihre Bestimmungen mit Bezug auf die Bedingungen beschränke. Sie seien jedoch der Ansicht, daß ihre Wünsche berücksichtigt werden sollten, wenn, wie vorgeschlagen worden sei, der amerikanische Markt die deutschen Reparationsobligationen und Scheine distanzieren soll. Man wolle in Amerika, daß Deutschland jede Möglichkeit erhalte, Waren nach den Vereinigten Staaten zu senden, und eine Warnung sei an den Kongress gerichtet worden, dabei mitzuwirken und keinen hohen Tarif auf die Einfuhr zu legen.

Richterliche Erkenntnis der Wirklichkeit, die sich nicht von Gefühlen und Stimmungen beeinflussen läßt, ist zwar ein Hauptmerkmal des amerikanischen Volkscharakters, aber wenn Amerika eine Berücksichtigung seiner Wünsche erwartet, darf es sich auch nicht selbst von den Wiedergutmachungsverhandlungen ausschließen. Es müßte im Gegenteil sogar als Wächter der Ententestaaten das allerliebste Interesse an der Regelung der Wiedergutmachungs-

frage auf der bevorstehenden Londoner Konferenz haben. Dies Moment beleuchtet Paul Benich in den nachstehenden Ausführungen eines Artikels „den er in der parteigenösslichen „Rheinisch-Westfälischen Wirtschafts-Korrespondenz“ veröffentlicht. Er schreibt dort:

„Das Geheimnis, von dem man in der Entente nicht spricht, gewissermaßen das Geheiß im Schrank der Entente, sind die 40 bis 45 Milliarden Goldmark, die die Länder der Entente in Rußland schulden sind. Frankreich allein schuldet 26 Milliarden Goldmarken (50—60 Milliarden Papiermarken) an England und Amerika. Das siegreiche Frankreich muß seinen Freunden und Verbündeten viermal mehr zahlen als die Entschädigung betrug, die es nach der Niederlage von 1871 an Deutschland zu zahlen hatte. Die Hand Bismarcks war leicht, verglichen mit der eines Verbündeten von heute.“ So kennzeichnet der bekannte Engländer Keynes die französische Situation. Das an Wirtschaftskräften viel schwächere, aber ebenso „siegreiche“ Italien, hat vollends eine Kriegsschuld an seine Verbündeten von 827 Millionen Pfund in Gold, d. h. mehr als 80 Milliarden Lire in Papier.

Hier liegt in Wahrheit der Hund begraben. Für die amerikanische Hochfinanz ist dieser Krieg „zur Rettung der Amerikaner gegen die deutschen Barbaren“ in Wahrheit eine planende Kapitalanlage gewesen. Sie hat dem gesamten „Mittelmeer“ Europa ihr Finanzloch aufgehaßt. Die Entente, die in den Krieg hineingelassen „gewann“, — wenigstens hat sie es ihren Feinden eingeredet — muß nun aus diesem siegreichen Kriege nicht mit geschwächerten Finanzen hervorgehen und sucht nun in ihrer Todesangst alles dem Besiegten aufzuhängen.

Genosse Benich schließt seinen Artikel dann mit dieser Folgerung, von der wir wünschten möchten, daß ihr Optimismus sich in nicht allzu ferner Zeit als berechtigt erweisen möge:

„Der Schlüssel der Schwierigkeiten liegt in Amerika. Die Forderungen der Entente an Deutschland sind deshalb so absurd, weil die Forderungen Amerikas an die Entente absurd sind. Eine große weltpolitische und weltfinanzielle Furchenwirtschaft ist notwendig. Sie kann und wird nicht allzulange auf sich warten lassen. Und gerade dadurch wird eine große Annäherung der jetzt noch feindlichen Völker eintreten.“

So blutig die Grimaßen der Entente Politiker von heute auch aussehen und gemeint sein mögen: Sie sind gerade in ihrem offensbaren Wahnsinn ein sicheres Anzeichen für ein nicht mehr fernes Umschlagen der Situation.

Wie der Weltkrieg die Kulturvölker zerfleischt hat wie nie, so wird der kommende Friede — denn noch ist kein Friede — die Völker näher bringen denn je.“

Die Deutsche Friedensgesellschaft zu den Pariser Beschlüssen.

Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft haben ein Schreiben an das Internationale Friedensbureau zu Bern gerichtet, worin sie darauf hinweisen, daß aus den Akten der Gesellschaft schon zu einer Zeit, als noch die meisten Deutschen an einen deutschen Sieg glaubten und kaum einer den katastrophalen Ausgang des Krieges vorausahnte, nicht bloß vor Annexionen, sondern auch vor den ungeheuerlichen Kriegsschadensforderungen der Alliierten gewarnt wurde.

Für uns wird besonders eine Stelle aus dem Vorwort der Schrift „Deutschlands Zukunft bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden“ vom Oktober 1917 zitiert.

„Dann heißt es weiter: „Gerade weil wir lange vor der Kriegsende den noch unfernen Horizont dauernd die Beziehungen der Völker vor uns sahen, unterer Verantwortung und Verantwortung entzogen waren und sind wir heute berechtigt, angesichts der Pariser Beschlüsse zur Entschädigungsfrage unsere Stimme zu erheben und uns insbesondere an die Pariser Konferenz zu wenden, mit denen sich Deutschland im Frieden verbunden hat.“

Der Widerspruch gegen die Pariser Beschlüsse wird in den Hauptpunkten behandelt und daran schließt sich die Zusammenfassung: „Wir als Deutsche mußten den Allierierten und sehen in den Pariser Beschlüssen nur eine Mahnung für den Völkervertrag.“

Verbeugung zum Beginn des Tanzes ein, der in nachstehender Ordnung erfolgt (wie beschreiben hier die Forenisten, wie sie bei der Hochzeit des Prinzen Albrecht von Preußen mit der Prinzessin Maria von Sachsen-Meiningen am 10. April 1878 im Berliner königlichen Schlosse sich abspielte):

Der Oberst-Marschall führt und Marschall zu Salm-Reifferscheid-Doll mit dem großen Oberst-Marschallstab; ihm folgen die aus allerhöchsten Befehl durch den Oberzeremonienmeister hierzu eingeladenen zwölf Staatsminister mit weißen Wachssockeln, paarweise, je nach dem Alter ihres Patents, so daß die jüngsten vorangehen, nämlich:

- | | |
|---------------------------|-------------------------|
| 1. von Kameke, | 2. Dr. Falk, |
| 3. von Stolz, | 4. Desbrosses, |
| 5. Camphausen, | 6. Dr. Leonhardt, |
| 7. Graf zu Eulenburg, | 8. Graf von Jheppich, |
| 9. Freiherr von Helldorf, | 10. von Hdden, |
| 11. Graf von Reon, | 12. Fürst von Bismarck; |
- das Hohe neuermählte Paar.

Nachdem Höchstselbst einen Umgang im Saal gemacht, nähert sich Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Braut Seiner Majestät dem Kaiser und Königin, fordert Allerhöchstselbst durch eine Verbeugung zum Tanze auf, und es beginnt ein neuer Umgang. In ähnlicher Weise tanzt Höchstselbst mit allen Prinzen, welche sich in dem Zuge befanden, nach der von Seiner Majestät für diesen Tag vorgesehenen Ordnung. Seine königliche Hoheit der Prinzessin Braut verneigt sich hierauf gegen Ihre Majestät die Kaiserin und Königin und tanzt mit Allerhöchstselbst sowie mit allen anwesenden Prinzessinnen. Nach beendetem Hochzeittanze treten die Minister den Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften bis zum Eingange in das königliche Gemach vor, wobei die Höchsten von den dazu beauftragten zwölf Pagen abgenommen werden, welche letzteren dem Zuge bis zu dem Eingange der für die hohen Neuermählten eingerichteten Appartements vorangehen. Hier wird die königliche Krone den Bedienten des Kronenraths wieder überliefert und, nachdem von der Oberhofmeisterin das Strumpfband der Prinzessin Braut abgeteilt worden, wird der Hof entlassen.

Man kann diese lächerlichen Szenen für launisch halten, wenn man will. Aber sie haben immerhin doch auch ihre

Freiden sie unverändert, so muß die Wirkung für Deutschland die sein, daß immer wachsende Schichten des Volkes sich aus Verzweiflung entweder dem Nationalismus oder dem Bolschewismus in die Arme werfen oder einem alle Produktion lähmenden Fatalismus verfallen. Jede dieser drei Möglichkeiten ist für das übrige Europa nicht weniger schlimm als für Deutschland selbst.“

Das Schreiben läuft aus in einen Appell an die Regierungen der übrigen Welt und in die Bitte an das Internationale Friedensbureau, diese Forderung mit möglichster Beschleunigung zur Kenntnis der ihm angeschlossenen pazifistischen Organisationen zu bringen.

Volkswirtschaftliches.

Ein internationales Warentauschamt.

Im „Sozialistischen Nachrichtenblatt“ macht Gen. Dr. Alfred Stricker beachtenswerte Vorschläge für eine soziale Neuorganisation des Außenhandels, die wir nachstehend im Auszug wiedergeben.

Im reichen Amerika verbrennt man Korn, weil es im Preise tiefer steht als die Kohle. Dort werden mit Baumwolle gefüllte Schwämme in Brand gesteckt, um die Preise aufzubohren. In Mittel- und Europa, besonders in Deutschland und Österreich, reicht das Brot nicht aus und fehlt die Baumwolle, um die nonnenartigen Bekleidungsstücke herzustellen zu können. Millionen Arbeiterkräfte liegen kraftlos, den Beschäftigten fehlt es an Frachten, in den Haushalten plagen die Nationalen keinen richtigen Gehalt. Wohlbedachte, für die vergebliche Forderung gesucht wird. Wo liegt die Ursache der furchtbaren Elendens? Wohlbedachte Korn und Baumwolle erzeugenden Farmen Amerikas und den auf diese lebensnotwendigen Güter angewiesenen Arbeitern Europas fehlt diejenige Verbindung, die den Ausgleich in der Bedürfnisbefriedigung herzustellen vermag. Der Weltmarkt, der sich diese Aufgabe zu gestellt hat, vermag, er verfügt zwar über gefüllte Vorräte, läßt aber doch die Arbeitswilligen hungern und frieren. Dem Arbeitslosen aber vermehrt das Geheiß, sich anzueignen, was ihnen fehlt; es muß es tun, um die „Ordnung“ zu erhalten.

Weshalb der Handel nur im eigenen Interesse handelt und spekuliert, und weil dabei die Arbeiterklassen der Völker bittere Not leiden müssen, kann diese nur überwunden werden, wenn das Eigeninteresse des Handels dem volkswirtschaftlichen Interesse Platz machen muß.

Rebel nicht von Geld und Nahrung! Nehmt Waren in die Hände und tauscht sie gegen das, was wir so bitter dringend brauchen. An der Arbeiterschaft selbst liegt es, ihre Macht einzusetzen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zur Hilfe zu nehmen.

Ein internationales Warentauschamt ist ins Leben gerufen worden, aber ein internationales Warentauschamt ist nicht weniger bedeutungsvoll. Seine Aufgabe müßte es sein, Ueberfluß und Mangel in der gesamten Weltwirtschaft auf Grund genauer Beobachtungen festzustellen und den Ausgleich zu veranlassen mit Hilfe eines sozialen Weltmarktes.

Die in jüngster Zeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei getroffenen Tauschabmachungen, Sudek gegen Kohle, auch die Vereinbarungen mit Holland zeigen, daß der Weg des sozialen Tauschhandels praktisch beschritten werden kann. Die Tatsache, daß amerikanische Farmer dem deutschen Volke Milchfette und Lebensmittel zum Verkauf machen, zeigt deutlich genug, daß sie die Überwindlichkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage voll begreifen. Nehmt deutsche Spielwaren, Musikinstrumente, Glas- und Porzellanwaren und fragt den amerikanischen Farmer, ob er sie gegen Getreide nehmen will? Von Kaffee hat nicht zu reden. Heute verkauft sowohl die Standard Oil ihr Petroleum als das deutsche Kaiserindustrial sein Kaffee gegen Zebisen.

In der Weltwirtschaft fehlt die Arbeitsteilung, kapitalistische und nationalökonomische Interessen führen zu Versperrungen der Wirtschaftsvölker gegeneinander, anstatt daß sie sich zu gesellschaftlicher Zusammenarbeit finden. Ueberproduktionen sind bei dem Mangelbedarf der Menschheit eine völlige Unmöglichkeit. Würde eine volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Denkweise die Gesellschaftswirtschaft der Erde leiten, ein berechtigtes Zusammenarbeiten an Stelle des Gegeneinanderarbeitens bestehen, dann würden wir bald erkennen, daß noch viel zu wenig Hände da sind, um eine Weltkultur zu schaffen.

Deshalb müssen wir uns für die Forderung einsetzen, daß das internationale Proletariat die Schaffung eines Warentauschamtes erzwingen muß, das in dem Chaos der kapitalistischen Gütererzeugung die Wege für den Ausgleich zeigt.

Der Fackeltanz der Staatsminister.

Von einem früheren Hofmann.

Es ist im Volke immer noch nicht hinreichend bekannt, mit welcher Ehren- und harnenwollen Aufgaben die Staatsminister des alten Regimes betraut waren, wenn sie Hofdienst zu leisten hatten. Denn das wurde bisher nie wenig beachtet, die preussischen Minister waren unter dem Königtum eben nicht nur die höchsten Beamten des Staates, sondern sie waren zu gleicher Zeit Hofmänner, denen bei den glanzvollen Festen im königlichen Schlosse eine nicht unbedeutende Rolle als Parade-Defensionsoffiziere zufiel. Man las wohl in früheren Zeiten, wenn ein Prinz oder eine Prinzessin des königlichen Hauses sich vermählte, in seinem Morgengabte von dem „Hofmann“ der Staatsminister, den diese zu Ehren des hohen Brautpaares erekrutieren mußten, der gewöhnliche Ehrerbürge und Staatsbürger aber verband mit dieser Tanzkünstlerleistung seiner Regierenden keine rechte Vorstellung, es sei denn die, daß ernste und würdige Staatsmänner eigentlich doch etwas anderes zu tun hätten, als vor Höchsten und Allerhöchsten Herrschaften auf dem spitzengekrönten Parquet des Thronsaales so eine Art Zimmerbühnen aufzuführen.

Wer so dachte, der hatte eben nicht den Schimmer einer Ahnung, welche lächerliche Aufgabe der Regierbarkeit dieser Hofmannsministerie nachfolgte und was. In Aug und Gegenwart kommender Geschlechter wollen wir hier den gewöhnlichen Redelenten näher beschreiben, damit sie sich reiner einprägen können, daß ein königlicher Staatsminister ganz andere und lächerlicher Aufgaben zu bewältigen hatte als die Minister der Republik, die natürlich niemals Gelegenheiten haben werden, ihre Tanzkünste einem erkaufenen Publikum vorzuführen. Solch ein Fackeltanz, bei dem selbst ein Bismarck mitzumachen nicht ablehnte, aber selbstverständlich vor sich:

Die Malefizität sowie des hohe Brautpaar nahmen unter dem Thronhimmel Platz. Rechts und links von ihnen nach starrer Anordnung gruppiert die weißen „Fackelträger“ Nachschichten. Nachdem Seine Majestät der Kaiser und Königin den Befehl zum Beginn der Zeremonie des Fackeltanzes an den Oberst-Marschall erteilt haben, nähert sich die hier oben Brautpaar und ladet Höchstselbst durch eine

ernste, ja traurige Seite. Der normale Mensch wird gewiß die Beschreibung der Rolle, zu der sich preussische Staatsminister auf königlichen Befehl widerspruchslos hergaben, nicht ohne ein Gefühl der Beschämung und Entwürdigung lesen können. Freilich, weil eben die Minister der Hohenzollernmonarchie im Grunde genommen immer mehr Hoflinge als verantwortliche Staatslenker gewesen sind, ging ihnen das Bewußtsein für die entwürdigende Rolle ihrer Rolle als Fackeltänzer vollkommen ab. Für sie war das so gut ein Akt der Regierungstätigkeit wie der Erlaß einer Verordnung, und daß selbst ein Bismarck in diesem Punkte keine Ausnahme machte, zeigt nur, wie fest doch der höfische Fackeltanz selbst in Köpfen saß, denen man alles andere als die Befähigung an solchen abnormen Rinkenstücken hätte zutrauen können. Heute wird freilich nicht mehr bei Hofe „gefackelt“, daran können wir die ganze Abgründigkeit ermessen, die das alte System vom neuen trennt: damals Minister-Hoflinge, die aus Kommando herumhüpfen und unzählige Verbeugungen machen mußten, wenn ihr König sie für gut befand, heute jeder einzelne Minister der höchsten, in seinem Verwaltungszweige dem freien Volke verantwortliche Leiter, der zum Tanzen und Dienern keine Zeit hat, sondern nur eines kennt: ernsteste, angestrengteste Arbeit im Dienste des freien und souveränen Volkes. Welch einen ungeheuren Fortschritt das bedeutet, das mag uns der Gott sei Dank endgültig ver-räuschte Spuk der höfischen Fackeltänze und Strumpfband-austeilungen so recht deutlich vor Augen führen.

Der Rosenmontag der Hofgesellschaft. In München wurde am Rosenmontag zu derselben Zeit, zu der in den größten Sälen Massenveranstaltungen gegen das Pariser Diktat stattfanden, im Hotel „Kaiserhof“ ein Ball von 250 Personen der ehemaligen Hofgesellschaft, darunter Prinzen und Prinzessinnen mediatisierter Häuser, ausgerichtet. Die Meldung antworteten wir dem selbst sehr monarchistischen „Berliner Lokalanzeiger“. Er sagt weiter nicht dazu. Ueber diesen prinzipiellen Patriotismus ist auch weiter kein Wort zu verlieren, er kennzeichnet sich von selbst. Aber weil im Land herumformen sollte die Meldung, damit jeder sieht, wozu man es bringen kann, wenn man die nötige Portion blaues Blut in den Adern hat.

Theaterfragen und Quäkerpeisung.

Stadtverordneten-Sitzung vom 15. Februar 1921.

Beim Namensaufruf der nach 4 Uhr eröffneten Sitzung sind 28 Stadtverordnete anwesend. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. Kubacz (Pol.) ist der Nachfolger August Tuzil in die Versammlung eingetreten. Der Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. Neumann (D. P.) ist noch nicht festgelegt. Die nächsten Kandidaten Kaufmann Sommer und Dr. Schuller haben verzichtet.

Der Geschäftsbericht des Danziger Hypothekensvereins für 1920 wird zur Kenntnis genommen. Die Pensionierung eines städtischen Feuerwehmannes wird widerspruchlos genehmigt. Zur Instandsetzung einer Scheune auf dem städtischen Gut Dreilinden wird dem Gutspächter zu den nachzuverwendenden Baukosten ein Kostenschuß bis zur Höhe von 20 000 Mk., der mit 8 Prozent zu verzinsen ist, widerspruchlos bewilligt.

Die Theatervorlage.

Stadtver. Winter (D. P.) begründet im Namen des Theaterausschusses die bereits gestern beschlossene Vorlage, wonach für das Personal zukünftig volljährige Verträge abgeschlossen werden sollen. Die Mehrbelastung wäre bei der schlechten Finanzlage der Stadt ein bitterer Schmerz. Doch ist zu hoffen, daß bei der reichhaltigen Spielzeit die Mehrkosten gegenüber der bisherigen nicht bis zummonatlichen Vertragsdauer zum größten Teil eingedriekt werden. Die Künstler könnten für die paar Monate längere Tätigkeit auch nicht viel geringer entlohnt werden. Auf Jahresengagement würden auch bessere Kräfte herzubekommen sein. Die Fortschreibung des Theaters sei trotz des Zuschusses, der auf 1,2 Millionen anzuschlagen sei, zur Erhaltung des deutschen Gedankens und der Kultur unbedingt erforderlich. Die Einschränkung der Oper auf die Spieloper komme nicht in Betracht. Schauspiel und Oper teilen sich in den Kosten gleichmäßig. Sparsamkeit werde nach allen Seiten geübt. Die Verbindung mit dem Poppeter Theater sei an dem dortigen Bürgermeister und der Badekommission gescheitert. Einige Hunderttausend Mark hätten sich dadurch ersparen lassen und Poppet wäre vom künstlerischen Standpunkt aus besser gefahren. Das Orchester müsse erhalten bleiben. Redner bezeichnet es als eine wertvolle Anregung, einen Appell an die wohlhabenden Danziger Kreise zu richten, damit diese durch Spenden zur Erhaltung des Theaters beitragen. Reichtum verflüchtigt!

Stadtver. Genosse Kerschke: Der einstimmige Vorschlag des Ausschusses entspricht auch den berechtigten Wünschen des Personals. Die Erhaltung des Theaters als Kulturfaktor müsse man als selbstverständlich betrachten. Der Zuschuß von 1,2 Millionen Mark erhebe reichlich hoch. Die Verlängerung des Engagements bringe dem Personal auch für die bisherige Beschäftigungszeit Verdienst. Die Gagen können durchaus nicht als zu hoch bezeichnet werden. Der Standpunkt des Poppeter Magistrats ist zu betonen. Vielleicht wäre es möglich, die Preise für die Mittelplätze nach etwas zu erhöhen. Die Mittel für den Zuschuß müßten anderweitig erspart werden. So ließe sich die teilweise Licht- und Raumverschwendung in einigen städtischen Verwaltungen einschränken resp. b-ster ausnutzen. Die Unterhaltung des Theaters als Gemeinuttmittel mache es zur Pflicht, das Theater mehr als bisher der allgemeinen Bevölkerung zugänglich zu machen. Eine Vermehrung der Volks- und Arbeitervorstellungen sei unbedingt erforderlich und ließe sich durch die Verlängerung der Spielzeit in der bisher theaterlosen Zeit durchführen.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte widerspruchlos verabschiedet.

Zugestimmt wird einer Nachbewilligung für ausgeführte Kochungsarbeiten an der Schleuse auf dem städtischen Mühlengrundstück in Preuß.

Anlässlich des Magistratsantrages auf Bewilligung von Mitteln für Hebammenlehrgänge kommt es zu einer

Kausprache über das Hebammen-Scheinwesen.

Stadtver. Fietkau (R.) hat einzelne Beschwerden gehört, daß Frauen nicht sachgemäß behandelt worden wären. Er berichtet darüber in allen Einzelheiten und belegt das Institut mit dem Namen „Bube“.

Hieran schließt sich eine längere Kausprache. Stadtver. v. Korfleisch (Dnall.) bezeichnet das Institut als Musteranstalt, die man nicht durch Gerüche herabsetzen solle.

Stadtver. Dr. Dittschke (Dnall.) führt gegenüber den von Fietkau angeführten Einzelheiten aus, daß Kunstfehler nicht immer zu vermeiden seien. Redner führt Beispiele aus der allgemeinen ärztlichen Praxis an. Man solle diese jedoch nicht so laienhaft kritisieren.

Stadtver. Dr. Thun (Ztr.): Bei den laufenden Fällen dürfe man nicht zwei einzelne so verallgemeinern.

Stadtver. Fietkau (R.) will sich sein Recht auf gesunde Kritik nicht nehmen lassen. Er könnte noch mehr Fälle vortragen.

Stadtver. Kohn (R.) erklärt dagegen, daß Fietkau die Einrichtungen der Anstalt, die vorbildlich und musterhaftig sei, nicht herunterziehen wolle. Man wolle die Fälle auch nicht verallgemeinern, sondern nur die Klassenunterschiede in der Anstalt kritisieren. Gegenüber dem Stadtver. Thun, der Kohn vorher zugerufen hatte: Achtung! Regierungspräsident! ländigt Kohn an, daß er sich mit den persönlichen Angelegenheiten Thuns ebenfalls in öffentlicher Sitzung beschäftigen würde.

Stadtver. Dr. Stabe weist darauf hin, daß sich die von Fietkau in abfälliger Form vorgetragenen Beschwerden gerade in der 2. Klassegetragen hätten. So daß von Klassenunterschieden nicht gut gesprochen werden könne.

Stadtver. Leu (U. S. P.): Es besteht eine allgemeine Abneigung gegen öffentliche Heilanstalten. Man könne den Arbeiterfrauen aber nur raten, die Anstalt zu benutzen. Fietkau hätte sich zu herbe ausgedrückt. Aus ihrer Praxis in Heilanstalten müsse sie sagen, daß die Unterschiede mehr vom Personal als von den Ärzten gemacht werden.

Die Vorlage wird darauf ohne Widerspruch genehmigt. Eine ebenfalls längere Kausprache entwickelt sich über den Magistratsantrag auf

Bewilligung von 500 000 Mark für die Quäkerpeisung.

Stadtver. Raube begründet als Deputiert die Vorlage. Für die fignereiche Einrichtung wären die angeforderten Mittel notwendig, da Mehl und Zucker von den Quäkern nicht geliefert würden.

Stadtver. Fuhrbrügge (D. P.) wünscht, daß den Lehrern bei der Auswahl der Kinder ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde.

Stadtver. Kohn (R.) bemängelt, daß die erforderlichen Mittel nicht vom Kreisrat getragen werden, da sich die Speisung über Langig hinaus erstrecke.

Stadtver. Dr. Dittschke (Dnall.) bedauert den mangelnden Einfluß der Kreise auf die Auswahl der Kinder.

Stadtver. Dr. Stabe bezeichnet den angewendeten deutschen Jnder als für Langigs Kinder zu ungünstig.

Charakteristische Redereien der „Radikalen“.

Stadtver. Gebauer (U. S. P.) wirft dem Stadtrat Raube Inkonsequenz vor. Seine Bestätigung in der Kinderpeisung wäre Reformismus und stände dieser im Widerspruch mit seiner politischen Haltung als Kommunist. Auch müßten Unregelmäßigkeiten vermieden werden.

Stadtver. Raube will seine politische Auffassung in derartigen wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht gelten lassen. Der Reformismus hätte wohl auch noch von seiner früheren Unabhängigkeit Mitgliedschaft abgefordert. Ferner kritisierte er die Saumlässigkeit des Senats in der Kostenfrage. Die Unregelmäßigkeiten wären bei der früheren Schulpeisung vorgekommen.

Hg. Genosse Borchert: Der Magistrat muß wegen der Übernahme der Kosten sofort mit dem Senat verhandeln. Die Speisung wäre für alle Kinder notwendig. Zur Auswahl müßten auch die Lehrer herangezogen werden.

Als Stadtver. Fuhrbrügge längere Ausführungen macht und sich sehr in Einzelheiten verliert, ruft ihm eigenartigweise der Kommunist Schmidt zu, er möge sich doch kürzer fassen.

Stadtver. Kohn (R.) polemisiert gegen den unabhängigen Gebauer, der den Herrn Stadtrat Raube anzurempeln beliebt habe. Man solle doch die Programmpunkte der sozialistischen Parteien nicht zum Gegenstand einer Debatte in öffentlichen Redereisen machen. Auf einen Jurist des Genossen Kerschke äußert Kohn: Die U. S. P.-Vertreter haben in anderer ehrenwerter Weise bisher solche nicht veranlaßt! Kohn fährt dann weiter fort, daß die Unabhängigen so nur eine Partei der Parlamentarier sei, da sie Mitglieder nicht mehr hätte. Wenn Gebauer in stammelnder Weise nächstens in öffentlicher Versammlung einmal einen Vortrag halte, werde er — Kohn — ihn über Reformismus und Opportunismus aufklären. (Gebauer ruft ihm zu: Für anständiges Referieren seid ihr ja nie gewesen!) Die Vertreter der Lehrer hätten dem Stadtrat Raube die Arbeit sehr erschwert.

Stadtver. Dr. Dittschke (Dnall.) beklagt, daß Raube auf Grund seiner kommunistischen Auffassung nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach dem Stand der Eltern der Kinder bei den Speisungen verfahren, wie es in Rußland auch der Fall wäre und die dritte Internationale auch fordere.

Stadtver. Leu (U. S. P.) findet, daß die lange Kausprache zeigt, daß in den Danziger Parlamenten viele Watschweiber wären. Die Kinder dürfe man wegen Parteiprogramme nicht verhungern lassen und müßten alle Parteien in dieser Frage zusammenstehen.

Stadtver. Schmidt (R.) sieht in dem Quäker-Abwehrwerk kein Verstoß gegen das kommunistische Parteiprogramm. Reformismus wäre ganz was anderes. Als er sich über die besseren Verhältnisse in Rußland äußert, ruft man ihm zu: Fahren Sie doch hin!

Die Vorlage wird darauf widerspruchlos verabschiedet. Für die Stadtbibliothek und die städtischen Volkshochschulen wurden für Anschaffungen und Reparaturen 6200 Mk. verlangt und bewilligt.

Stadtver. Dittschke (Dnall.) bemängelte die Geringschätzung der Summe, damit könnten nur die Reparaturen gedeckt, aber keine neuen Bücher erworben werden. Wenn von Seiten der Bibliotheksleitung Vorschläge getrieben werde, lasse sich der Bücherbestand durch Schenkungen erhöhen.

Stadtver. Dr. Herrmann (Dem.) erklärte, daß der Bücherbestand ausreiche.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Tagesordnung geändert und zunächst drei dringliche Vorlagen des Magistrats behandelt. Die Erhebung einer

Wohnsteuer bei vorübergehendem Aufenthalt fand ohne Kausprache einstimmige Annahme. Die Verordnung enthält u. a. folgende Bestimmung: Wer im Stadtkreis Danzig

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Vorwärts“

2576) Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

Fahrkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Zweigniederlassung Danzig, vorläufig Stadtgraben 5 in der Verkehrszentrale (Tel. 549) später Hohes Tor (frühere Hauptwache).

Ferner **Baltropa**, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telegr.-Adr.: Baltropa. — Telefon 1736.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.
(Fortsetzung.)

„Deine Handschrift war so geschickt nachgeahmt, daß der Glaube an eine Fälschung gar nicht bei mir aufkam.“ entschuldigte sich Theodor. „Verta, inwiefern bist du wie glücklich bin ich, daß dieser schändliche Betrug ans Tageslicht gekommen ist. Nun bist du mein, mein auf ewig.“

Er schloß das schöne Mädchen in die Arme. Jählich drückte er Verta an sein Herz wieder und immer wieder küßte er sie auf die weichen, roten Lippen. Selig ruhte Verta in den Armen des Geliebten. Vergessen war aller Kummer, alles Herzleid. Unter Lächeln und Kosen, Fragen und Antworten verging den Glücklichen die Zeit im Fluge. Als die alte Kuchendame die Mittagshunde verkündete, sagte die junge Braut ganz erschrocken:

„Sieber Gott, da schlägt es zwölf, und ich habe nichts zu essen! Sonst haben wir Sonntag immer unser Stief Fleisch, aber für mich allein lohnte mir die Kocherei nicht, und da wollte ich mich mit einer Tasse Kaffee behelfen.“

„Ich glühe dir Feuer an, Schatz.“ sagte Theodor hilfsbereit. „und du kochst uns Kaffee. Der wird mir besser schmecken, wie das feinste Mittagessen in dem teuersten Hotel.“

Über davon wollte Verta nichts hören. Sie legte ihr Wochentagskleid in der Kammer an, band eine große, blaue Schürze darüber und drehte links den Tisch. Als sie in die Küche ging, begleitete ihr Verlobter sie dorthin. Er sah mit Vergnügen wie schnell ihr alles von der Hand ging. Verta bedeckte eine Schüssel voll leckerer Gerichten und kochte einen großen Topf starken Kaffee. Als Theodor Speise und Trank gekostet hatte, erschöpfte er sich in Lobeserhebungen.

„Das ist doch unser Verlobungsbräutchen“, entgegnete Verta lächelnd vor Freude. „dabei darf es doch auf ein paar Kaffeebehen und auf ein paar Eier nicht ankommen.“

„Ich kann mich nicht genug darüber wundern, daß du so gut kochen kannst.“ versicherte Herr Gisbert. „das findet man bei euch Damen von der Regel selten.“

Die junge Braut blühte ihren Verlobten jählich an und entgegnete:

„Es freut mich, daß es dir schmeckt, mein lieber Schatz. Ich will auch stets nach besten Kräften für dich sorgen, denn du mußt schwer arbeiten, folglich mußt du auch kräftig essen.“

Als das Brautpaar noch bei Tisch saß, erschien die Wirtin der Frau Birchner, die ihre Neugier nicht länger bezähmen konnte und fragte:

„Au, Bertel, da kann man ja wohl gratulieren!“

„Zuwohl“, versetzte Gisbert. „Wir feiern eben Verlobung.“

„Und ohne die Mutter? Ein! Ein!“ verwunderte sich die neugierige Alte. „Au jodell! Da wird die Mutter aber mal Augen machen!“

„Wieso denn?“ fragte Gisbert seelenruhig. „Die Mutter weiß ja darum! Sie kann bloß nicht abkommen!“

„Darf ich Ihnen eine Tasse Kaffee anbieten?“ fragte die junge Braut galsfrei.

„Au jodell! Fräulein Bertel, ich habe ja eigentlich eben erst Mittagbrot gegessen.“ riefte sich die Alte. „Wir hatten a wing Schwelmerneß und Alkekel, aber der Kaffee reucht (riecht), gar zu gut, und ich muß es frei und offen gestehen, für eine gute Tasse Kaffee lasse ich mein Leben!“

Verta verstand den feinen Witz und stellte eine gefüllte Tasse vor die Frau hin, dann bot sie ihr den glühbraunen Eierkuchen an, und ohgleich die Frau eben erst ihr Mittagbrot verzehrt hatte, bot sie ihn nicht vergebens an, denn es gibt Menschen, die immer essen können, wenn es sie nichts kostet. Als die Leistungsfähigkeit der Frau im Essen und Trinken erschöpft war, verabschiedete sie sich mit einem „Vergelt's Gott!“, um im ganzen Dorf die Nachricht zu verbreiten, daß die Birchner Bertel den Gisbert Theodor nehmen würde. Sie setzte stets hinzu: Du weißt man doch, weshalb sie mit keinem andern gegangen ist und sich so abseits gehalten hat.

Diese Neuigkeit würde unter anderen Umständen mehr Sensation erregt haben, aber heute waren die Dorfbewohner in großer Aufregung, weil Baroness Engelberta mit dem Vierhitzzuge erwartet wurde. Die Baronin beabsichtigte ihre Stiefkinder von der Fahrt abzuholen. Eine geschwähige Dienerin hatte ausgeplaudert, daß die Versöhnung zwischen den beiden Damen erfolgt war, weil Engelberta sich mit einem feinschmeckenden, englischen Grafen verloben würde. Nun freuten sich die Bewohner von Friedenau schon auf die große Hochzeit, von der für jeden etwas abfiel. Die Mädchen konnten die kostbaren Toiletten der vornehmen Gesellschaft bewundern, und die Frauen eiferten nach altem Brauch am Hochzeitstage Geld, Wein, Braten und Kuchen ins Haus zu jandl.

Frau Birchner war die Letzte, die erfuhr, daß Bertel sich verlobt hatte. Sie war so klug, darüber nicht das mindeste Erkennen zu zeigen, sondern zu sagen: „Ja, er hatte schon davon gesprochen.“

Sowie Frau Birners Kranke eingeschlummert war, bat Aulie deren Köchler ihren Platz am Krankenbett einzunehmen und eilte mit besüßelten Schritten heim, mit dem Lobenswerten Vorsatz, Bertel erdentlich den Kopf zu waschen, und dem „Dingerich“, der ihrem lieben Kinde so viele Tränen gekostet hatte, mit Paulen und Trompeten heimzuleuchten, aber es kam anders. Als Theodor Frau Birchner über die Lage der Dinge aufklärte, war die rechthliche Frau zuerst hart vor Staunen über so viel Selbstlosigkeit, dann aber schüttelte sie dem jungen Manne herzlich die Hand und erklärte:

„Unter den Umständen bist du mir tausendmal lieber. Den elenden Betrüger dürfte sich mein Bertel nicht nehmen, und wenn er im Golde schwimmen täte! „Zeue Hand, geht durchs ganze Land!“ und „Thelich währt am längsten!“ Na, wenn ich den Judiat hier hätte, dann würde ich ihm das achte Gebot mit einem Goldschneid auf den Buckel schreiben!“

(Fortsetzung folgt.)

gegen Entgelt Räume in Hotels, Gasthäusern, Wirtschaften, Pensionen, Fremdenheimen, Wohnhäusern und dergleichen an Personen zum Aufenthalt überläßt, hat eine Steuer an die Stadtgemeinde zu entrichten. — Die Steuer beträgt bei einem täglichen Mietpreis bis zu 10 Mk. 10 v. H., von einem Wohnungspreis von über 10 bis 20 Mk. 20 v. H., von über 20 bis 40 Mk. 25 v. H. und von über 40 Mk. 40 v. H. Unter Mietpreis ist das Entgelt der Räume einschließlich Nebeneinrichtungen, jedoch ohne die Verpflegung zu verstehen. Ein weiterer Antrag des Magistrats verlangte die

Verlegung der Schenkungssteuer.

Stadtv. Gebauer (H. S. V.) lehnte die Vorlage ab, indem er die Steuer ab, die eine Befreiung des kleinen Gewerbetreibenden bedeute. Gebauer stellte im Rahmen seiner Forderungen den Antrag, diejenigen Betriebe, die nicht zur Gewerbesteuer herangezogen werden, von der Schenkungssteuer zu befreien.

Stadtv. Leop. bei der Vertretung des Bürgermeisters an den Verhandlungen teilnahm, gab eine Erwiderung, blieb aber unentschieden.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt und die Magistratsvorlage unverändert angenommen.

Ein Nebensystemvertrag zwischen Kraftwagen und Strassenbahn.

Es ist eingeleitet worden. An Kosten müssen der Stadt etwa 20.000 Mark.

Stadtv. Genoffe beschloß, die Einrichtung dieser Liniensysteme. Die Kommission hat sich an Ort und Stelle von den Lebensfähigkeiten der Anlagen unterrichtet.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

Stadtv. Dammert erklärte, daß der Vertrag bei Klärung der über die Geltung der Beschlüsse des Ausschusses steht. Dammert erklärte.

der Tagesordnung gab der Gauveiter Boellner einen lehrerhaft über das Geschäftsjahr 1920. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß trotz der gewaltigen Abtrennung vom Deutschen Reich der Deutsche Handwerkerverband im Freistaat nicht nur seinen Mitgliederbestand vom Vorjahre hat halten, sondern noch bedeutend vergrößern können. Auch die Zahl der Ortsgruppen hat sich erhöht. Der Mitgliederzuwachs ist umso höher anzuschlagen als der Verband durch die ungeheure Entwertung unseres Geldes gezwungen wurde, innerhalb eines Jahres zweimal die Beitragsleistung für die Mitglieder zu erhöhen. Nach Erstattung des Geschäftsberichts folgte eine sehr lebhaft diskutierte, in welcher die nach bestehenden Mängel und Wünsche auf Verbesserung in der Geschäftsführung seitens der Delegierten vorgebracht wurden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der weitere Ausbau des Gaus“ schilderte der Kreisleiter Rehberg in sehr anschaulicher Weise die noch bestehenden Mängel, die im Verwaltungsapparat und in der Organisation des Gaus noch vorhanden sind. Er wies darauf hin, daß die Beschwerden und Wünsche, welche im ersten Punkt der Tagesordnung von den Delegierten vorgebracht wurden, nicht Schuld der Gauleitung selbst, sondern Schuld der zurzeit bestehenden Verhältnisse, wie unzureichende Bureauräume und zu eng begrenztes Personal in der Gauverwaltung wäre. Abhilfe könne nur geschaffen werden, wenn diese Mängel so schnell wie möglich behoben würden. Er forderte die weitere Anstellung eines Kreisleiters und eines Sekretärs für das Gaubüro. Hierzu wäre aber notwendig, daß die Mitglieder dazu bereit wären, die Delegierten sich dazu aufzuopfern für diese Verbesserungen selbst zu tragen. Er machte entsprechende Vorschläge, wie die Gelder aufzubringen seien. Es folgte eine recht rege Diskussion darüber ein, aus welcher besonders hervorgehoben ist, daß auch nicht ein einziger Delegierter gegen diese Vorschläge sprach. Im Gegenteil wurde der Ausbau des Gaus von allen Rednern mit großer Wärme empfohlen. Nachdem der Gauveiter noch kurz über die von ihm mit dem Hauptvorstand gepflegte Rücksprache berichtet hatte, beschloßen die Delegierten einstimmig die geforderten Beitragserhöhungen an die Gauleitung abzuführen.

Den Höhepunkt erreichten die Verhandlungen bei Punkt 3 der Tagesordnung „Die Tarifbewegung in unseren Kreisen“. Der Gauveiter gab einen sehr eingehenden Bericht über den Stand der kommenden Lohnbewegungen und empfahl den Delegierten auch dieses Jahr wie im Vorjahre in ruhiger und sachlicher Weise innerhalb ihrer Ortsgruppen zu arbeiten. Den Tarifkommissionen müsse man möglichst freie Hand geben, damit sie die Tarifabschlüsse zu einem günstigen Ende führen können. Eine lebhaft diskutierte auch über diesen Punkt ein und wurde seitens der Delegierten die Wünsche für die Forderungen, welche teilweise formuliert waren, der Gauleitung unterbreitet. Die Redner wiesen besonders darauf hin, daß durch die außerordentliche Entwertung des Geldes die Handwerker besonders in der Bekleidung und den Haushaltsgegenständen zurückkommen würden. Die Aufwendungen für Bekleidung und Heizung, Wäsche usw. könnten sie von dem jetzigen Verdienst nicht mehr bestreiten. Ganz besondere Klagen wurden von Seiten der Freiarbeiter erhoben, weil auch heute schon auf dem Lande eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sei. Die Freiarbeiter seien ganz besonders nach Hilfe, weil sie durch die Arbeitslosigkeit in ihrem Einkommen außerordentlich beschränkt seien. Die festgesetzten tariflichen Löhne geben andererseits der städtischen Bevölkerung ein schlechtes Bild von den tatsächlichen Verhältnissen. Auch von Seiten der Handwerker wurde betont, daß diese nicht in der Art und Weise entlohnt würden, wie es notwendig sei. Durch die Ausgaben für Handwerkzeug usw. würden sie ganz erheblich belastet, andererseits aber in der Entlohnung den Deputierten größtenteils gleichgestellt, trotzdem sie gelernter Arbeiter seien. — In Vorschlag gebracht wurde die allgemeine Festsetzung eines Stundenlohnes der dem Existenzminimum angepaßt sein müsse. Die Aussprache gab den Tarifkommissionen die Marschroute auf welche Forderungen, Beschwerden und Mängel in den bisherigen Tarifen besonders zu achten ist.

Im vierten Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ brachte wie schon erwähnt zwei Beauftragte der D. A. V. D. nicht unerheblich überlegen ist. Die Aufbereitung der minderwertigen Brennstoffe erfolgt in der Weise, daß die Brennstoffrückstände zunächst durch eine Sortieranlage nach verschiedenen Korngrößen getrennt und dann nach einem erst seit wenigen Monaten durch die Firma Friedrich Krupp, A.-G., Grusonwerk, Magdeburg-Buckau, mit außerordentlichem Erfolg eingeführten magnetischen Verfahren in nicht brennbare Bestandteile (Eis- und Schlacke) und brennbare Bestandteile sortiert werden. Die Fertigstellung der ganzen Anlage, welche einen Gesamtaufwand von rund 1 1/2 Millionen Mark verursacht hat, konnte trotz der für Danzig bestehenden außerordentlichen Vermögensverhältnisse aus Deutschland bereit beschleunigt werden, daß zwischen dem Zeitpunkt der Auftragserteilung und der Inbetriebnahme der Anlage nur 6 Monate verstrichen sind. Außer dem vorgenannten sind umfangreiche Erweiterungsbauten im Laufe der beiden letzten Jahre auf dem städtischen Gaswerk am Wilschpeter, von dem aus schon seit einer Reihe von Jahren die ausschließliche Gasversorgung von Danzig und den angeschlossenen Vorortgemeinden erfolgt, fertiggestellt worden. Durch die zum Teil bereits im Betrieb befindlichen Neubauten wird nicht nur die Leistungsfähigkeit des Gaswerks aber während der Kriegsjahre außerordentlich gesteigert, sondern es soll vor allem auch die Ausnutzung der bereitgestellten Brennstoffe, insbesondere Kohle und Holz so rationell wie nur möglich gestaltet und die im Gas enthaltenen, bisher noch nicht gewonnenen Nebenprodukte, nutzbar gemacht werden. Die möglichst weitgehende Gewinnung der Nebenprodukte ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es hierdurch möglich wird, eine weitere Steigerung des Preisniveaus zu vermeiden. Letzter hat bisher den einfachen Preisniveaus erreicht, während der Preis der vergasteten Kohle, der naturgemäß in erster Linie für die Höhe des Gaspreises ausschlaggebend sein muß, in Danzig bereits auf den dreifachen Preisniveau gestiegen ist. Die Erweiterungsbauten umfassen zunächst eine aus 4 Teilen bestehende Vertikalhammeranlage für 30.000 Kubikmeter Gasleistung nebst den zugehörigen Förderanlagen für den Transport und die Aufbereitung der verarbeiteten Kohle und des gewonnenen Koks. Die neu errichtete Kammerschmelzanlage ist so durchgeplant, daß sie im Laufe der nächsten Jahre ohne weiteres auf 120.000 Kubikmeter erweitert werden kann. Die veranschlagten Kosten der Anlage, welche zugleich eine der modernsten Ofenanlagen

eine wie üblich verfaßte Resolution im Sinne des offenen Briefes und der Moskauer Annahmen zur Verpflüchtung des Handwerkerverbandes ein. Da der Begründer dieser Resolution sich nicht scheute seine politischen Gegner mit Schmutz zu bewerfen, erhielt er aus den Reihen der Delegierten eine energische Abfuhr. Ganz besonders wurde betont, daß die Politik innerhalb des Deutschen Handwerkerverbandes, welcher eine Gewerkschaft und keine politische Partei sei, ausgeschlossen werden müsse. Die Redner lehnten es ganz entschieden ab, die Gewerkschaft zur Verpflüchtung der Arbeiterschaft heranzuziehen oder sie gar zum Werkzeug kompromittierender Intriguen zu lassen. Nur 4 Stimmen bewilligten sich für Annahme der Resolution, die anderen Delegierten stimmten geschlossen mit überwältigender Mehrheit dagegen.

Mit Genehmigung konnte am Schluß der Konferenz festgestellt werden, daß die gewerkschaftliche Bewegung unter den Handwerkern eine bemerkenswerte Vertiefung erfahren habe. In Veranschaulichung der kurzen Zeit einer gewerkschaftlichen Vertiefung der Handwerker müsse diese besonders hoch gewertet werden und liege darin die Gewährleistung weiterer erfolgreicher Arbeitens im Sinne und zum Wohle der Handwerkerklasse des Freistaates. Gegen 8 Uhr wurde die arbeitsreiche Tagung geschlossen.

Kreisstag Danziger Niederung.

Die gestern stattgefundene Sitzung des Kreisstages des Kreises Danziger Niederung nahm zunächst die Prüfung der Richtigkeit der zum dritten Mal erfolgten Wahl eines Kreisstagesabgeordneten der Gemeinde Stutthof vor. Die Bürgerlichen suchten erneut die Gültigkeit der Wahl des Genossen Lehrer Preuß zum Kreisstagsabgeordneten an, weil die Wählerliste versehentlich vom Wahlvorstande und Gemeindevorsteher nicht unterschrieben worden war. Die Wahl wurde wegen dieses Formfehlers wiederum für ungültig erklärt, jedoch die Wahl nunmehr zum vierten Mal zu erfolgen hat. Bei den vorhergehenden Wahlen war einmal ein deutschnationaler und bei der ersten und dritten Wahl ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt worden. — Eine dem Kreisstag vorgeschlagene Geschäftsordnung fand Annahme. Zur Prüfung des Kriegswirtschaftsfonds wurde eine Kommission, bestehend aus den Abgeordneten Schwarz, Elmwald und den Genossen Klingenberg (Br. P. Heubold) und Hellwig (Br. Zünder), gewählt. — Zur Gewährung von Beihilfen an Gemeinden zur Durchführung der Erwerbslosenunterstützung lag ein Vorschlag des Kreis-ausschusses vor. Dieser wurde einstimmig angenommen und sollen danach den Gemeinden, die leistungsschwach oder leistungsunfähig sind, Beihilfen bis zur Höchstgrenze von 1/3 des von ihnen gesetzlich zu tragenden Anteiles zur Erwerbslosensicherung gewährt werden. Als Ausgaben für Erwerbslosensicherungen sollen auch die Aufwendungen für Notstandsarbeiten gelten, soweit solche mit Genehmigung des Kreis-ausschusses zur Ausführung kommen und in dem Umfang, wie durch diese Ersparnisse an Erwerbslosensicherung unterbunden gemacht werden. Die erforderlichen Mittel sollen bis zur Höhe von 30.000 Mark aus dem Kriegswirtschaftsfonds des Kreises entnommen werden. — Ferner wurde einem Vorschlag des Kreis-ausschusses zugestimmt, den finanzschwachen Gemeinden Beihilfen zur Verköhlung von Brennmaterialien an Hilfsbedürftige zu gewähren, wie es bereits im Höhenkreise erfolgt ist. Es kommen etwa 40 Gemeinden in Frage, die an Hilfsbedürftige Personen Brennholz zu ermäßigten Preisen oder unentgeltlich abgeben haben. Diesen Gemeinden sollen Beihilfen bis zur Hälfte des von ihnen für diesen Zweck aufgewendeten Kostenbetrages gewährt werden. Die erforderlichen Mittel bis zur Höhe von 60.000 Mark sollen aus dem Kriegswirtschaftsfonds oder im Wege der Anleihe beschafft werden. Dabei wurde noch angemerkt, für die in Not befindlichen Frauen der Kriegsgeschickenen und der noch nicht zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die noch nicht im Besitze der Hinterbliebenenrente sind, mehr Mittel aufzubringen und insbesondere für Kleiderbeschaffung Sorge zu tragen. Auch wurde über die Abgabe der Lebensmittel und mangelhafte Bekannmachung in den Gemeinden Klage geführt. — Zum Landrat wurde vom Kreis-ausschuß Regierungsrat Walzer, zur Zeit Landrat im ostpreussischen Kreise Olschko, vorgeschlagen. Walzer war bereits im Jahre 1919 vortretungsweise mit der Führung des Landratsamtes betraut. Der Vorschlag fand die einstimmige Zustimmung des Kreisstages.

Aus dem Freistaatbezirk.

Freistaatkonferenz des Deutschen Handwerkerverbandes.

Wie schon kurz berichtet, fand am letzten Sonntag in der Maurerbergstraße Danzig eine Konferenz der Delegierten sämtlicher Ortsgruppen des deutschen Handwerkerverbandes im Gebiet der freien Stadt Danzig statt. Zum ersten Punkt

Städtische Briquetfabrik und Benzolwerke.

Die neue städtische Briquetfabrik hat, wie wir bereits berichteten, mit dem Verkauf ihrer Produkte begonnen. Es dürfte interessieren über diese Anlagen etwas Näheres zu erfahren, um so mehr Danzig auf diesem Gebiete gegenüber anderen Städten einmal während vorangegangener Kriege Briquetts werden in Form hergestellt und benutzt ohne zu denken zu werden für Röhren und Rohstoffe verwendet werden; die röhrenförmigen aber ebenfalls auch für Zentralheizungen und industrielle Feueranlagen. Die Heizwert ist auch bei dieser Anlage und durch die Veranlassung der Anlage in der Anlage können täglich 5000 Zentner hergestellt werden. Bisher fand der Holzgrub infolge des Mangels an Brennmaterial allerdings auch im Hausbrand beständiger Verwendung, doch ging ein großer Teil dabei verloren, weil die feinen Teile durch die Kisten fielen. Durch die Bindung mit Gips werden selbst die feinsten Teile ausgenutzt, so daß die bessere Verwendung des Holzgrubes nunmehr möglich ist. Auf dem Gelände der Gasanstalt liegen andere Einrichtungen, die nun ihrer Verwertung entgegenstehen. Außerdem sind große Mengen bisher wertloser Gase in Oberleitern angehaufen, die hier in Danzig ebenfalls zu Briquetts verarbeitet werden sollen.

Die Anlage zur Herstellung der Holzbriquetts ist in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in Verbindung mit einer Aufbereitungsanlage zur Verwertung minderwertiger Brennstoffe errichtet worden. Die Briquetfabrik, für die die mechanische Einrichtung von der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Tübingen, Tübingen-Friedrich, geliefert wurde, dient in erster Linie dazu, den auf dem Gaswerk anfallenden Holzgrub, der für die unmittelbare Verwertung nur in beschränktem Umfang geeignet ist, unter Zusatz des aus dem Gaswerk gewonnenen Gipses zu hochwertigen Holzbriquetts in Form zu verarbeiten. Neben der Briquetfabrik sind auch die Verarbeitungsanlagen für minderwertige Brennstoffe vorgesehen. Diese werden zunächst in der mit der Briquetfabrik unmittelbar verbundenen Aufbereitungsanlage von den nicht brennbaren Bestandteilen (Eis- und Schlacke) befreit, um so ein Briquet zu erhalten, das dem Braunkohlenbriquet hinsichtlich seines Heizwertes

nicht unerheblich überlegen ist. Die Aufbereitung der minderwertigen Brennstoffe erfolgt in der Weise, daß die Brennstoffrückstände zunächst durch eine Sortieranlage nach verschiedenen Korngrößen getrennt und dann nach einem erst seit wenigen Monaten durch die Firma Friedrich Krupp, A.-G., Grusonwerk, Magdeburg-Buckau, mit außerordentlichem Erfolg eingeführten magnetischen Verfahren in nicht brennbare Bestandteile (Eis- und Schlacke) und brennbare Bestandteile sortiert werden. Die Fertigstellung der ganzen Anlage, welche einen Gesamtaufwand von rund 1 1/2 Millionen Mark verursacht hat, konnte trotz der für Danzig bestehenden außerordentlichen Vermögensverhältnisse aus Deutschland bereit beschleunigt werden, daß zwischen dem Zeitpunkt der Auftragserteilung und der Inbetriebnahme der Anlage nur 6 Monate verstrichen sind.

Außer dem vorgenannten sind umfangreiche Erweiterungsbauten im Laufe der beiden letzten Jahre auf dem städtischen Gaswerk am Wilschpeter, von dem aus schon seit einer Reihe von Jahren die ausschließliche Gasversorgung von Danzig und den angeschlossenen Vorortgemeinden erfolgt, fertiggestellt worden. Durch die zum Teil bereits im Betrieb befindlichen Neubauten wird nicht nur die Leistungsfähigkeit des Gaswerks aber während der Kriegsjahre außerordentlich gesteigert, sondern es soll vor allem auch die Ausnutzung der bereitgestellten Brennstoffe, insbesondere Kohle und Holz so rationell wie nur möglich gestaltet und die im Gas enthaltenen, bisher noch nicht gewonnenen Nebenprodukte, nutzbar gemacht werden. Die möglichst weitgehende Gewinnung der Nebenprodukte ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es hierdurch möglich wird, eine weitere Steigerung des Preisniveaus zu vermeiden. Letzter hat bisher den einfachen Preisniveaus erreicht, während der Preis der vergasteten Kohle, der naturgemäß in erster Linie für die Höhe des Gaspreises ausschlaggebend sein muß, in Danzig bereits auf den dreifachen Preisniveau gestiegen ist. Die Erweiterungsbauten umfassen zunächst eine aus 4 Teilen bestehende Vertikalhammeranlage für 30.000 Kubikmeter Gasleistung nebst den zugehörigen Förderanlagen für den Transport und die Aufbereitung der verarbeiteten Kohle und des gewonnenen Koks. Die neu errichtete Kammerschmelzanlage ist so durchgeplant, daß sie im Laufe der nächsten Jahre ohne weiteres auf 120.000 Kubikmeter erweitert werden kann. Die veranschlagten Kosten der Anlage, welche zugleich eine der modernsten Ofenanlagen

darstellt und nur ein Minimum von Arbeitskräften erfordert, belaufen sich auf etwa 3 Millionen Mark.

In einem vorhandenen Neubau der bestehenden Apparateanlage ist die neu errichtete Benzolgewinnungsanlage untergebracht. Die Gewinnung der in dem Gas enthaltenen Benzol- und Naphthalenbestandteile erfolgt ähnlich wie in Kolerien dadurch, daß das Gas in zwei etwa 20 Meter hohen freistehenden Wäschern mit einem hochlebenden Leerdil befeuchtet wird, das sich hierbei mit Benzol- und Naphthalenbestandteilen anreichert. Das angereicherte Wäscherdil wird in einem Destillationsapparat abgetrieben und das so gewonnene Leerdil dann in einem Destillationsapparat auf Motorbenzol weiter verarbeitet, das in erster Linie als Betriebsstoff für das Kraftverkehrsamt der Stadt Danzig dienen soll. Die Anlage, welche nach den von dem Gaswerk aufgestellten Plänen von der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, Berlin, erbaut ist, hat einen Aufwand von über 1 Million Mark erfordert. Durch vorliegende Neubauten zählt das Gaswerk Danzig zu den modernsten Anlagen Deutschlands.

Der Unternehmensgeist der Stadterwaltung und besonders der zuständigen Dezerementen, Stadtrats Rungge, ist begründet. Der eingeschlagene Weg zeigt, daß trotz der schlechten Zeiten Gutes für die Stadt geschaffen werden kann, wenn nur mit neuen Ideen und tatkraftig an die Lösung wichtiger Fragen herangegangen wird.

Die hohen Fischpreise. Auf den letzten Märkten in Hamburg, Cuxhaven, Westmünde sind die ohnehin schon hohen Fischpreise noch bedeutend weiter in die Höhe gegangen. Für den Kleinhandel stellen sich die Preise im Einkauf für Seefische wie folgt: Schellfisch 3,50—6 Mk., Kabeljau 3,00—5 Mk., Seezahn 3,50—5 Mk., Torsk 2—4,50 Mk., Flunder 2—4 Mk., Scholle 5—6 Mk., Rotzunge 6—8 Mk., Seezunge 20—22 Mk., Steinbutt 13—14 Mk., Lachsbutt 7—14 Mk., Lachs 25—28 Mk., pro Pfund. Fischpreise listeten: Zander lebend 9—13 Mk., Karpfen lebend 11—12 Mk., Hechte lebend 10—12 Mk., Widder lebend 4—5 Mk., Die Zufuhren an frischen Fischen waren sehr reichlich und die Preise gingen zurück. Bezahlt wurde pro Pfund 1,80—2 Mk.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Eltern, Pfleger und Vormünder derjenigen Schulpflichtigen, aber noch nicht eingeschulter Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1920 bis einschließlich 30. Juni 1921 ihr 8. Lebensjahr vollenden, werden hiermit aufgefordert, zum Zweck der Einschulung diese Kinder am 17., 18. oder 19. Februar dieses Jahres in den Stunden von 8 bis 10 Uhr vormittags bei dem Leiter der Schule ihres Bezirkes anzumelden. Die Leiter werden in ihren Schulen in der festgesetzten Zeit zur Entgegennahme der Anmeldungen bereit sein.

Zu den Anmeldungen sind die Geburts- und Impfhefte der Kinder mitzubringen.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung eines Kindes hat die gesetzlichen Zwangsmassregeln zur Folge.

Danzig, den 8. Februar 1921.

Die Schuldeputation. (3548)

Die Ausführung der Abräumarbeiten in der städtischen Kiesgrube am Lehrerseminar in Danzig-Langfuhr, Königstaler Weg

108 auf Grund der dafür aufgestellten Bedingungen in öffentlicher Verdingung in 2 Losen vergeben werden.

Angebote sind unter ausdrücklicher Anerkennung der Bedingungen schriftlich und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 23. Februar 1921, vormittags 10 Uhr im Tiefbaugeschäftszimmer Pfefferstadt 33/35, Zimmer 28 verschlossen einzureichen.

Die Bedingungen liegen in demselben Zimmer zur Einsicht aus, können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Danzig, den 8. Februar 1921.

Der Magistrat. (3627)

Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das IV. Vierteljahr (Januar, Februar und März 1921) sind bis zum 18. Februar d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig belagert, gleichzeitig erfolgt auch die Belagerung der für das I.—III. Vierteljahr noch rückständigen Steuerbeträge.

Bei Zahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abänders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 18. Februar d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Belagerungskosten fällig werden und mitinzulassen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 18. November 1909.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Ausschlussstunden werktäglich 8^{1/2}—1 Uhr vormittags.

Danzig, den 8. Februar 1921.

Städtische Steuerkasse. (3609)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schader.
Mittwoch, den 16. Februar 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten C (zum 4. Mal)

Menagerie

Der Lehungen von Rust Koch.
Szen. Bearbeitung: Heinz Brede. Inspektion: Emil Berner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr
Freitag, abends 7 Uhr Dauerkarten D 1.
Waldmeister.

Freitag, abends 9^{1/2} Uhr. Dauerkarten E 1
Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel: Ein
v. Catopel. Vortrag von der Staatsoper in Berlin
da Travolta.

Sonabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2
Comedie Bucherl.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Banmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunststätt.
Heute Mittwoch, den 16. Februar

Anfang 7 Uhr Anfang

„Der Bettelstudent“
Operette in 3 Akten von Carl Millöcker.
Morgen Donnerstag, d. 17. Februar
„Der Bettelstudent“.
Vorverkauf findet tägl. v. 10—4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt.
Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse
Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrtverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Taglich 7 Uhr
SCALA
Pr. Sporthalle Große Allee
Täglich THEATER Täglich
7 Uhr Ab 16. Februar: 7 Uhr
Größe internationale
Ringkampfkonkurrenz

um den großen Preis von Danzig
50 000 Mark in bar
Vorher neues Varieté-Programm
brillantes
Vorverkauf Deumhaus.
Scala-Nachtfalter
9^{1/2} Künstlerspiele und 9^{1/2}
Palais de danse

Einen Weltruf verdient Legionka
Tabak, heller Virginia
mild, baxommlid, billig
überall erhältlich!

Apollo Lichtbild-Theater
III. Damm 2.
Spielplan vom 16. 2. bis 18. 2. 21.
Professor Erichsens Rivale!
Sensationelles Kriminaldrama in
5 Akten. — Hauptdarsteller: Max Landa,
Käthe Haak, Ferd. Boss.
Wenn Herzen in Liebe erglöhren!
Filmpiel in 3 Akten n. d. Opt. „Herbstmanöver“.
Dorrits Eheglück!
Prachtvolles Lustspiel in 3 Akten (3624)

Institut für Zahnleidende
Telefon Pfefferstadt 711 Nähe
2621. Bahnhof.
Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.
Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder
allgemeiner Betäubung. Zahnproben jeder Art.
Zahnregulierungen. Zahnarbeit mit und ohne
Glasmasseplatte aller Systeme.
Reparaturen, Umrbeitungen schnellstens.
Maß. Kostenberechnung.
Sprechzeit 8—7, Sonntag 9—12. (3546)

Kleine Anzeigen
In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Lebendfrische Heringe
mit direktem Dampfer eingetroffen.
Verkauf am Fischmarkt und durch Straßenhändler. (3626)
Mix & Lück

Äycke Trocken, Äycke Gold, Äycke Cabinet.
Wir haben die Herstellung von
SCHAUM-WEIN
(nur auserlesene Traubenweine und Flaschengärung)
neu aufgenommen
Der Verkauf beginnt im März d. Js.
P. J. Aycke & Co., Nachfl., Schaumweinkellerei
Inh.: Alexander Czech

Ferienkurse für Kandidaten der Medizin
Im Gebiet der Freien Stadt Danzig
beginnen am 14. März 1921. Anmeldung und Auskunft bei
Prof. Wallenberg
Dolbrück-Allee 76, 3—5 N.
Berufsvereinigung der Aerzte der Freien Stadt Danzig.

Kranke Frauen
erhalten unentgeltlich Auskunft über schnelle Befreiung von Blutarmut, Weißfluß, Schwächezuständen. Rückporto erbeten.
Frau Bertha Koopmann
Berlin 35, Potsdamerstraße 104. (3433)

Anal
das sie erlischt, sind Ferdinand Lassalles Werke. Fr. Diederich hat in seinem soeben erschienenen
Lassalle-Brevier
in wundervoll. Auswahl u. Gruppierung das Beste aus Lassalles Lebenswerk zusammengestellt. Das Buch ist zum Preise von Mk. 2,50 u. 20% zu haben in der Buchhandlung
Volkswacht
Am Spandauer Platz 33, Paradiesgasse 33.

Hotel Danziger Hof
Wintergarten und Rokosoaal
Donnerstag:
5-Uhr-Tanz-Tee
Steff-Orchester 10 Solisten (3620)
Eigene Konditorei Mix- und Eisgetränk
Sonabend: Reunion Sonntag: Tafelmusik-Familienabend

GARBÁTY
Stets Qualität!

Große Weizenmehle
gute, gesunde,
aus Auslandsweizen hergestellt,
auch in größeren Mengen, geben ab zur sofortigen Lieferung
H. Bartels & Co., G. m. b. H.
Große Mühle.
Kontor: An der Großen Mühle.
Fernsprecher Nr. 495 und 496. (3621)

Mäume
geeignet als Büroräume, vorübergehend, kurzfristig zu vermieten. Näheres Rathaus III. Geschäftsstelle, Zimmer 60.
Berlin, Schneiderin
nimmt noch jede Schneiderarbeit an. Angeb. u. V. 98 an d. Exped. dieser Zeitg. (3728)